

Preise von Notariatsdienstleistungen

Hinweise für Konsumentinnen und Konsumenten

Allgemeines

Die Höhe der Notariatsgebühren ist gesetzlich geregelt in der Verordnung des Kantons Luzern über die Beurkundungsgebühren vom 24. November 1973 (SRL Nr. 258).

Notariatsgebühren sind mehrwertsteuerpflichtig.

Die Aufzählung im vorliegenden Hinweisblatt beschränkt sich auf die häufigsten Konsumentengeschäfte.

Ehevertrag, Vermögensvertrag nach Art. 25 PartG

Abschluss, Abänderung oder Aufhebung

(§ 16 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST), mindestens CHF 540.–, höchstens CHF 3'240.–
- sind vom Vertrag Grundstücke betroffen oder muss ein Inventar erstellt werden: Preis auf Anfrage.

Testamente, Erbverträge

(§ 19 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- | | | | | | |
|--------------------------|------|-----|------------|-----|------------|
| – 2‰ vom Verfügungswert | bis | CHF | 500'000 | | |
| plus 1,5‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 500'000 | bis | 1'000'000 |
| plus 1‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 1'000'000 | bis | 5'000'000 |
| plus 0,3‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 5'000'000 | bis | 10'000'000 |
| plus 0,2‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 10'000'000 | | |

Die Gebühr beträgt mindestens CHF 500.–

- Diese Beträge verstehen sich exkl. MWST. Eine korrekte Berechnung der Gebühr kann nur erfolgen, wenn die Vermögensverhältnisse (Verfügungswert) bekannt gegeben werden.
- Abänderung von Testament oder Erbvertrag: nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST), mindestens CHF 162.–, höchstens CHF 2'160.–
- Aufhebung von Testament oder Erbvertrag: nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST), mindestens CHF 162.–, höchstens CHF 324.–
- Zeugenlöhne: CHF 108.–

Verträge auf Eigentumsübertragung

(Kaufverträge, Schenkungsverträge, usw.; § 21 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- | | | | | |
|--|------|---------|------------|----------------|
| – 3‰ der Vertragssumme/des Katasterwerts bis | CHF | 500'000 | | |
| plus 2,5‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 500'000 | bis 1'000'000 |
| plus 2‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 1'000'000 | bis 5'000'000 |
| plus 1‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 5'000'000 | bis 10'000'000 |
| plus 0,2‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 10'000'000 | |

Die Gebühr beträgt mindestens CHF 500.–

- Diese Beträge verstehen sich exkl. MWST.
- Bei einer Eigentumsübertragung fallen zusätzlich Grundbuchgebühren im Umfang von 2‰ der Vertragssumme, allenfalls Handänderungssteuern in der Höhe von 1,5%, allenfalls Grundstückgewinnsteuern an.
- In der Regel werden Beurkundungs- und Grundbuchgebühren von Veräusserer und Erwerber je zur Hälfte übernommen.

Pfandverträge

(§ 29 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- | | | | | |
|---------------------------|------|-----|-----------|---------------|
| – 2‰ der Pfandsumme | bis | CHF | 500'000 | |
| plus 1,25‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 500'000 | bis 1'000'000 |
| plus 0,75‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 1'000'000 | bis 5'000'000 |
| plus 0,5‰ vom Mehrbetrag | über | CHF | 5'000'000 | |

Die Gebühr beträgt mindestens CHF 300.–

- Diese Beträge verstehen sich exkl. MWST.
- Bei der Eintragung von Pfandrechten fallen zusätzlich Grundbuchgebühren im Umfang von 2‰ der Pfandsumme an.
- Umwandlung, Aufteilung und Verlegung von Pfandrechten sowie Pfandrechtserneuerung und weitere Verrichtungen im Zusammenhang mit Pfandrechten: Preis auf Anfrage

Errichtung von Dienstbarkeiten

(§ 26 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST), mindestens CHF 216.–, höchstens CHF 5'400.–
- Errichtung von selbständigen und dauernden Baurechten: Preis auf Anfrage

Beglaubigungen

(§ 11–13 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- einer Unterschrift: CHF 54.–
- von Kopien: CHF 21.60 für die erste und CHF 5.40 für jede weitere Seite
- einer Übersetzung: nach Anfrage

Eidesabnahme, Erklärung an Eidesstatt

(§ 47 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST), mindestens CHF 54.–, höchstens CHF 324.–

Separat zu entschädigende Vorbereitungs- und Folgearbeiten

(§ 3 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

Folgende Arbeiten werden nach Zeitaufwand verrechnet (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST):

- Parzellierungen (einschliesslich Bereinigung von Dienstbarkeiten), Pfandentlassungen, Baulandumlegungen durch privatrechtliche Vereinbarung, Verfassen von Nutzungs- und Verwaltungsordnungen für Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaften.
- Ermitteln der vorkaufsberechtigten Personen und Mitteilung des Vorkaufsfalles, Einreichen einer Verfügung von Todes wegen zur amtlichen Aufbewahrung, Abklärungen im

Hinblick auf Wertgrenzen und die Zustimmungsbedürftigkeit eines Rechtsgeschäftes, Einholen von Zustimmungserklärungen, Gesuche um Genehmigung eines Rechtsgeschäftes oder um Feststellung einer Behörde im Hinblick auf die Genehmigungsbedürftigkeit eines Rechtsgeschäftes, Gesuch um Schatzungsverteilung, Treuhandfunktionen beim Vollzug beurkundeter Geschäfte.

Auslagen

(§ 9 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren)

- Kopien: CHF 0.50/Stck.
- Porti, Telefongebühren, Reisespesen: nach effektiven Kosten

jeweils zuzüglich MWST

Generelle Hinweise

Wir behalten uns vor, die Gebühr nach Zeitaufwand (Stunde à CHF 250.– zuzügl. MWST) festzusetzen, wenn die tarifgemässe Beurkundungsgebühr tiefer liegt (vgl. § 4 der Verordnung über die Beurkundungsgebühren).

Die Gründung von juristischen Personen und die Begründung von Stockwerkeigentum sind in der Regel keine Konsumentengeschäfte. Auf Anfrage geben wir gerne den Preis für diese und weitere Dienstleistungen bekannt. Massgebend sind die entsprechenden Bestimmungen in der Verordnung über die Beurkundungsgebühren.

Luzern, 2. September 2013

Anhang:

- Verordnung über die Beurkundungsgebühren

Nr. 258

Verordnung über die Beurkundungsgebühren

vom 24. November 1973* (Stand 26. April 2009)

Das Obergericht des Kantons Luzern,

in Vollziehung der §§ 52 Absatz 2 und 63 Absatz 1 des Gesetzes über die öffentlichen Beurkundungen vom 18. September 1973¹,

beschliesst:

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 *Gebühr*

Die Urkundspersonen beziehen für die öffentlichen Beurkundungen die in dieser Verordnung festgesetzten Gebühren.

§ 2 *Bemessung*

¹ Die Gebühr bemisst sich nach festen Ansätzen, nach dem Wert oder nach einem Gebührenrahmen.

² Ist der Wert massgebend, so richtet sich die Gebühr nach den in Abschnitt B festgesetzten Bruchteilen.

³ Wo die Verordnung einen Gebührenrahmen aufstellt, sind für die Berechnung der Gebühr die Bedeutung und die Schwierigkeit der Sache, der Arbeitsaufwand und die Zeitdauer der Inanspruchnahme massgebend.

* V XVIII 766; Abkürzung BeurkGebV

¹ SRL Nr. 255

§ 3 *Gegenstand der Gebühr*

¹ Die Gebühr ist das Entgelt für die Vorbereitungsarbeiten (Feststellen der Identität, Ermitteln des Parteiwillens, Entwerfen und Ausfertigen der Urkunde in Exemplaren für die Urkundsparteien, die Amtsstellen und den Notar, Prüfen eines dem Notar vorgelegten Entwurfes), für den eigentlichen Beurkundungsakt und die Anmeldung eintragungsbedürftiger Rechtsgeschäfte.²

² In der Gebühr nicht inbegriffen sind:

- a. das Entgelt für weitere Vorbereitungsarbeiten, wie Parzellierungen (einschliesslich Bereinigung von Dienstbarkeiten), Pfandentlassungen, Baulandumlegungen durch privatrechtliche Vereinbarung, Verfassen von Nutzungs- und Verwaltungsordnungen für Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaften, Gesellschaftsstatuten, Sacheinlage- und Fusionsverträgen,³
- b. das Entgelt für Folgearbeiten, wie Ermitteln der vorkaufsberechtigten Personen und Mitteilung des Vorkaufsfalles, Einreichen einer Verfügung von Todes wegen zur amtlichen Aufbewahrung, Abklärungen im Hinblick auf Wertgrenzen und die Zustimmungsbefähigung eines Rechtsgeschäftes, Einholen von Zustimmungserklärungen, Gesuche um Genehmigung eines Rechtsgeschäftes oder um Feststellung einer Behörde im Hinblick auf die Genehmigungsbedürftigkeit eines Rechtsgeschäftes, Gesuch um Schatzungsverteilung, Treuhandfunktionen beim Vollzug beurkundeter Geschäfte.⁴

³ Die Beurkundung aufgrund einer dem Notar in Reinschrift vorgelegten Urkunde hat keine Ermässigung der Gebühr zur Folge.⁵

§ 4 *Erhöhung der Gebühr*

Die Gebühr darf angemessen erhöht werden,

- a. wenn mit einer Beurkundung wiederholte Verhandlungen oder ein aussergewöhnlicher Zeitaufwand verbunden sind;
- b. wenn die Urkundsperson ausserhalb der üblichen Geschäftszeit oder ausserhalb des Büros beansprucht wird.

§ 5 *Herabsetzung der Gebühr*

Die Gebühr ist angemessen herabzusetzen,

- a. wenn die öffentliche Beurkundung nicht zum Abschluss gelangt;
- b. wenn ein Notar im gleichen Sachzusammenhang zahlreiche gleichartige Rechtsgeschäfte zu beurkunden hat.

² Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³ Fassung gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁴ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁵ Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

§ 6 *Vorvertrag*

Die Gebühr für die Beurkundung eines Vorvertrags richtet sich nach derjenigen für den Hauptvertrag. Wird dieser vom gleichen Notar beurkundet, so beträgt die Gebühr für den Hauptvertrag die Hälfte.

§ 7 *Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrags*

Die Gebühr für die Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrags beträgt einen Drittel derjenigen des ursprünglichen Vertrags.

§ 8 *Mehrere Rechtsgeschäfte*

¹ Bei der Beurkundung mehrerer Rechtsgeschäfte in der gleichen Urkunde wird die Gebühr von jedem Rechtsgeschäft gesondert berechnet, soweit diese Verordnung keine abweichende Regelung vorsieht. Eine gesonderte Berechnung unterbleibt jedoch bei der gleichzeitigen Beurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte, wie etwa bei der Begründung von beschränkten dinglichen Rechten in einem Grundstückkaufvertrag.⁶

² Vorbehalten bleibt § 29 Absatz 2.

§ 9⁷ *Auslagen*

Ausser der Gebühr hat die Urkundsperson Anspruch auf den Ersatz der notwendigen Auslagen (Porti, Telefntaxen, Reisespesen usw.) und der von ihr auf Honorar und Auslagen zu entrichtenden Mehrwertsteuer, soweit sie mehrwertsteuerpflichtig ist.

§ 10⁸ *Verzicht auf Vergütung*

¹ Die in dieser Verordnung festgelegten Gebühren dürfen in der Regel weder erhöht noch unterschritten werden.

² Ausnahmsweise darf die Urkundsperson aus triftigen Gründen, die sie in ihrem Protokollbuch ausdrücklich zu nennen hat, ganz oder teilweise auf die Vergütung verzichten.

⁶ Fassung gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁷ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁸ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

B. Tarif

I. Beglaubigungen

§ 11 *Unterschrift, Handzeichen*

¹ Bei der Beglaubigung einer Unterschrift beträgt die Gebühr Fr. 30.– bis Fr. 50.–.⁹

² Bei gleichzeitiger Beglaubigung mehrerer Unterschriften auf demselben Schriftstück beträgt die Gebühr für die zweite und jede weitere Unterschrift Fr. 10.–.¹⁰

³ Dasselbe gilt bei der Beglaubigung von Handzeichen.

§ 12¹¹ *Von Dritten hergestellte Kopien und Auszüge*

Bei der Beglaubigung von Kopien (Abschriften, Fotokopien, Durchschlagskopien usw.) oder Auszügen (Buch-, Protokollauszügen usw.), welche der Urkundsperson vorgelegt werden, beträgt die Gebühr Fr. 20.– für die erste und Fr. 5.– für jede weitere Seite.

§ 13 *Von der Urkundsperson hergestellte Kopien und Auszüge*

¹ Bei der Beglaubigung von Kopien und Auszügen, welche die Urkundsperson selbst hergestellt hat, beträgt die Gebühr Fr. 10.– für die erste und Fr. 2.– für jede weitere Seite.¹²

² Das Erstellen der Kopien und Auszüge ist in dieser Gebühr nicht enthalten.¹³

§ 14 *Übersetzung*

¹ Bei der Beglaubigung einer Übersetzung beträgt die Gebühr Fr. 30.– für die erste und Fr. 15.– für jede weitere Seite.¹⁴

² Stammt die Übersetzung von der Urkundsperson selber, so kann hiefür ein Zuschlag nach Zeitaufwand und Schwierigkeit berechnet werden.

⁹ Fassung gemäss Änderung vom 5. Oktober 2006, in Kraft seit dem 1. Januar 2007 (G 2006 265).

¹⁰ Fassung gemäss Änderung vom 23. März 2009, in Kraft seit dem 26. April 2009 (G 2009 81).

¹¹ Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

¹² Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

¹³ Fassung gemäss Änderung vom 12. Juni 1978, in Kraft seit dem 1. August 1978 (G 1978 61).

¹⁴ Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

II. Beurkundungen

1. Nach Zivilgesetzbuch¹⁵

§ 15¹⁶ *Stiftungen*

Bei der Errichtung einer Stiftung unter Lebenden (Art. 81 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–.

§ 16¹⁷ *Ehevertrag, Vermögensvertrag*

¹ Bei Abschluss, Abänderung oder Aufhebung eines Ehevertrages (Art. 184 ZGB) oder eines Vermögensvertrages (Art. 25 PartG¹⁸) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–. Sind Grundstücke davon betroffen, kann die Hälfte der Gebühr gemäss § 21 berechnet werden, sofern dieser Betrag höher als Fr. 3000.– ist.

² Ist mit dem Abschluss oder der Abänderung des Ehevertrages oder des Vermögensvertrages ein Inventar über eingebrachtes Gut (Art. 197 und 198 ZGB) verbunden, so bezieht der Notar überdies die Gebühr nach § 17.

§ 17¹⁹ *Inventar*

Bei der Aufnahme eines Inventars (Art. 195a ZGB) beträgt die Gebühr²⁰

2‰ vom Inventarwert	bis	Fr.	200 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	200 000.–
	bis	Fr.	500 000.–
plus 1‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
	bis	Fr.	1 500 000.–
plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	1 500 000.–
mindestens Fr. 150.–			

§ 18²¹ *Gemeinschaftsvertrag*

Beim Gemeinschaftsvertrag (Art. 336 ZGB) berechnet sich die Gebühr

- für die Begründung nach den Ansätzen des § 21;
- für die Abänderung auf Fr. 150.– bis 450.–;
- für die Aufhebung auf Fr. 100.– bis Fr. 200.–.

¹⁵ SR 210

¹⁶ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

¹⁷ Fassung gemäss Änderung vom 5. Oktober 2006, in Kraft seit dem 1. Januar 2007 (G 2006 265).

¹⁸ SR 211.231

¹⁹ Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

²⁰ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

²¹ Fassung gemäss Änderung vom 12. Juni 1978, in Kraft seit dem 1. August 1978 (G 1978 61).

§ 19 *Letztwillige Verfügung, Erbvertrag*

¹ Bei der öffentlichen letztwilligen Verfügung (Art. 499 ZGB) beträgt die Gebühr

- | | | | | |
|----|-------------------------------|-----|-----|--|
| a. | für die Errichtung | | | |
| | 2‰ vom Verfügungswert | bis | Fr. | 500 000.– |
| | plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 500 000.– |
| | | bis | Fr. | 1 000 000.– |
| | plus 1‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 1 000 000.– |
| | | bis | Fr. | 5 000 000.– |
| | plus 0,3‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 5 000 000.– |
| | | bis | Fr. | 10 000 000.– |
| | plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 10 000 000.– |
| | mindestens Fr. 500.–; | | | |
| b. | für die Abänderung | | | Fr. 150.– bis Fr. 2000.–; |
| c. | für die Aufhebung | | | Fr. 150.– bis Fr. 300.–. ²² |

² Dieselben Ansätze gelten auch beim Erbvertrag (Art. 512 ZGB).

§ 20²³ *Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum*

Bei der Vereinbarung über den Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum (Art. 650 Abs. 2 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 21 *Übertragung von Grundeigentum*

¹ Bei der Errichtung eines Vertrages auf Übertragung von Grundeigentum nach Artikel 657 Absatz 1 ZGB (Kauf, Schenkung, Tausch) beträgt die Gebühr

- | | | | | |
|--|-------------------------------------|-----|-----|--------------|
| | 3‰ der Vertragssumme | bis | Fr. | 500 000.– |
| | plus 2,5‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 500 000.– |
| | | bis | Fr. | 1 000 000.– |
| | plus 2‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 1 000 000.– |
| | | bis | Fr. | 5 000 000.– |
| | plus 1‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 5 000 000.– |
| | | bis | Fr. | 10 000 000.– |
| | plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über | | Fr. | 10 000 000.– |
| | mindestens Fr. 500.–. ²⁴ | | | |

² Die Gebühr berechnet sich nach dem Katasterwert, bei landwirtschaftlichen Grundstücken zuzüglich 300(und bei vor 1994 geschätzten nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken zuzüglich 200(, sofern im Vertrag keine oder eine niedrigere Vertragssumme angegeben ist.²⁵

²² Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

²³ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

²⁴ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

²⁵ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³ Bei der Übertragung von kleinen Grundstücken im Sinn von § 20 der Beurkundungsverordnung²⁶ beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.²⁷

⁴ Bei einem Tauschvertrag ist die Gebühr von jedem Tauschgegenstand gesondert zu berechnen.²⁸

§ 22²⁹ *Eigentumsbeschränkung*

Bei der Aufhebung oder Abänderung einer gesetzlichen Eigentumsbeschränkung durch Rechtsgeschäft (Art. 680 Abs. 2 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 23³⁰ *Vorkaufsrecht bei Miteigentum und Baurecht*

Bei der Vereinbarung über die Aufhebung oder Änderung des Vorkaufsrechts im Miteigentums- oder im Baurechtsverhältnis (Art. 682 Abs. 3 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 24³¹ *Stockwerkeigentum*

Bei der Begründung von Stockwerkeigentum (Art. 712d ZGB) beträgt die Gebühr

3‰ des Bodenwertes und der Baukosten	bis	Fr.	500 000.–
plus 2,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
	bis	Fr.	1 000 000.–
plus 2‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	1 000 000.–
	bis	Fr.	5 000 000.–
plus 1‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	5 000 000.–
	bis	Fr.	10 000 000.–
plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	10 000 000.–
mindestens Fr. 500.–.			

§ 25 *Nutzniessung*

¹ Bei der Bestellung einer Nutzniessung (Art. 746 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.³²

² Bei der Inventaraufnahme (Art. 763 ZGB) berechnet sich die Gebühr vom Inventarwert nach den Ansätzen von § 17.

²⁶ SRL Nr. 256

²⁷ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

²⁸ Gemäss Änderung vom 12. Juni 1978, in Kraft seit dem 1. August 1978 (G 1978 61), wurde Absatz 4 eingefügt.

²⁹ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³⁰ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³¹ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³² Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

§ 26³³ *Wohnrecht*

Bei der Bestellung eines Wohnrechts (Art. 776 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

§ 27 *Baurecht*

¹ Bei der Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts nach Artikel 779a ZGB, allfällige Vereinbarungen nach Artikel 779e ZGB inbegriffen, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen des § 21.

² Als Vertragssumme gilt die Leistung des Bauberechtigten. Ist der Bauberechtigte zu periodischen Leistungen während bestimmter Zeit verpflichtet, höchstens aber 20 Jahre lang, so ist die Summe der Leistungen massgebend. Ist der Bauberechtigte zu periodischen Leistungen während unbestimmter Zeit oder länger als 20 Jahre verpflichtet, so ist der zwanzigfache Betrag der einzelnen Leistung massgebend.

³ Werden Vereinbarungen nach Artikel 779e ZGB nicht im Vertrag über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechtes getroffen, so beträgt die Gebühr für ihre Beurkundung Fr. 400.– bis Fr. 3000.–.³⁴

§ 28 *Grundlast*

Bei der Errichtung einer Grundlast (Art. 783 ZGB) berechnet sich die Gebühr wie beim Grundpfand (§ 29), wobei auf den Gesamtwert abgestellt wird.

§ 29 *Grundpfand*

¹ Bei der Errichtung eines Grundpfandes (Art. 799 ZGB) beträgt die Gebühr

2‰ der Pfandsumme	bis	Fr.	500 000.–
plus 1,25‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
	bis	Fr.	1 000 000.–
plus 0,75‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	1 000 000.–
	bis	Fr.	5 000 000.–
plus 0,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	5 000 000.–
mindestens Fr. 300.–. ³⁵			

² Werden in der gleichen öffentlichen Urkunde mehrere Pfandrechte errichtet, so berechnet sich die Gebühr vom Gesamtbetrag der Pfandsummen.

³ Bei der Erhöhung der Pfandsumme berechnet sich die Gebühr vom erhöhten Betrag nach den Ansätzen von Absatz 1 und 2.

³³ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³⁴ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

³⁵ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴ Bei der Umwandlung, Aufteilung und Verlegung von Pfandrechten und bei der Pfandrechtserneuerung beträgt die Gebühr die Hälfte der Ansätze von Absatz 1 und 2, mindestens Fr. 300.–.³⁶

⁵ Werden in der gleichen öffentlichen Urkunde die Pfandsumme erhöht und das Pfandrecht mit der erhöhten Pfandsumme umgewandelt, aufgeteilt oder verlegt, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 3 oder 4, wobei die höhere Gebühr berechnet wird.³⁷

⁶ Bei anderen Änderungen beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–, sofern nicht gleichzeitig Gebühren nach den Ansätzen von Absatz 1 bis 5 erhoben werden.³⁸

2. Nach Obligationenrecht³⁹

§ 30⁴⁰ *Ersatz der Unterschrift*

Bei der Beurkundung als Ersatz der Unterschrift (Art. 15 OR) beträgt die Gebühr Fr. 100.–.

§ 31⁴¹ *Erklärung nach Artikel 90 OR*

Bei der Beurkundung einer Erklärung nach Artikel 90 OR beträgt die Gebühr Fr. 100.–.

§ 32⁴² *Kaufs-, Rückkaufs- und limitiertes Vorkaufsrecht*

Bei der Begründung oder Übertragung eines Kaufs-, Rückkaufs- oder limitierten Vorkaufsrechts berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 21 (Übertragung von Grundeigentum).

§ 33⁴³ *Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken*

Bei der Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken (Art. 243 Abs. 2 OR) beträgt die Gebühr, soweit nicht die §§ 21, 28 und 29 anwendbar sind, Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

³⁶ Gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69), wurden die Absätze 4 und 5 neu gefasst und ein neuer Absatz 6 eingefügt.

³⁷ Gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69), wurden die Absätze 4 und 5 neu gefasst und ein neuer Absatz 6 eingefügt.

³⁸ Gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69), wurden die Absätze 4 und 5 neu gefasst und ein neuer Absatz 6 eingefügt.

³⁹ SR 220

⁴⁰ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴¹ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴² Fassung gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁴³ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

§ 34 *Schenkung auf den Todesfall*

Bei der Schenkung auf den Todesfall (Art. 245 Abs. 2 OR) berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 19.

§ 35⁴⁴ *Bürgschaft*

¹ Bei der Errichtung einer Bürgschaft (Art. 493 Abs. 1 OR), bei der Erhöhung der Haftungssumme sowie bei der Umwandlung einer einfachen in eine Solidarbürgschaft (Art. 493 Abs. 5 OR) beträgt die Gebühr 2‰ des Haftungsbetrages, mindestens Fr. 300.–, höchstens Fr. 1000.–.

² Sind vom gleichen Notar für dieselbe Schuld getrennt abgegebene Bürgschaftserklärungen einzeln zu beurkunden, so wird von der zweiten Beurkundung an für jede weitere zur Gebühr nach Absatz 1 ein Zuschlag von 25(, mindestens Fr. 50.– erhoben. Der Gesamtbetrag der Zuschläge darf 100(der Grundgebühr nicht übersteigen.

³ Die Gebühr für eine Beurkundung nach Artikel 493 Absatz 6 OR beträgt Fr. 300.–.

§ 36 *Verpfändung*

Bei der Errichtung eines Verpfändungsvertrags (Art. 522 OR) wird die Gebühr vom Vermögenswert nach den Ansätzen von § 21 berechnet.

§ 37⁴⁵ *Aktiengesellschaft und Kommanditaktiengesellschaft* *a. Gründung*

Bei der Gründung einer Aktiengesellschaft (Art. 629 OR) oder einer Kommanditaktiengesellschaft beträgt die Gebühr

3‰ vom Grundkapital	bis	Fr.	500 000.–
plus 2,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
plus 2‰ vom Mehrbetrag über	bis	Fr.	1 000 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	1 000 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über	bis	Fr.	2 000 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	2 000 000.–
plus 0,5‰ vom Mehrbetrag über	bis	Fr.	5 000 000.–
plus 0,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	5 000 000.–
plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über	bis	Fr.	10 000 000.–
mindestens Fr. 1000.–		Fr.	10 000 000.–

⁴⁴ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴⁵ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

§ 38 *b. Kapitalerhöhung*

¹ Bei der Erhöhung des Aktienkapitals berechnet sich die Gebühr für die Beurkundung des Generalversammlungsbeschlusses nach den Ansätzen von § 37 und beträgt mindestens Fr. 500.–.⁴⁶

² Für die Beurkundung des Feststellungsbeschlusses des Verwaltungsrates beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2000.–.⁴⁷

§ 39⁴⁸ *c. Kapitalherabsetzung*

Bei der Herabsetzung des Grundkapitals beträgt die Gebühr für die Beurkundung betreffend Beschlussfassung und Statutenänderung (Art. 732 OR) Fr. 500.– bis Fr. 3000.–. Ist die Herabsetzung mit gleichzeitigem Ersatz durch neues Kapital verbunden, so bemisst sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 38.

§ 40⁴⁹**§ 41**⁵⁰ *e. Andere Beschlüsse*

Bei Beschlüssen einer Aktiengesellschaft oder Kommanditaktiengesellschaft, auf welche die §§ 37–39 nicht anwendbar sind, beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 5000.–.

§ 42 *Gesellschaft mit beschränkter Haftung*

¹ Bei der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Art. 779 OR) und bei der Erhöhung ihres Stammkapitals (Art. 786 OR) berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 37 und bei der Herabsetzung des Stammkapitals (Art. 788 OR) nach den Ansätzen von § 39.⁵¹

² ...
...

⁴⁶ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴⁷ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴⁸ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁴⁹ Aufgehoben durch Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁵⁰ Fassung gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁵¹ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁵² Aufgehoben durch Änderung vom 23. März 2009, in Kraft seit dem 26. April 2009 (G 2009 81).

³ Bei der Abtretung oder Teilung eines Stammanteils sowie bei der Verpflichtung zur Abtretung (Art. 791 Abs. 4, 795 OR) beträgt die Gebühr

2‰ der Vertragssumme oder beim Fehlen einer solchen des mutmasslichen Interessenwertes	bis	Fr.	200 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	200 000.–
	bis	Fr.	500 000.–
plus 1‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
	bis	Fr.	2 500 000.–
plus 0,3‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	2 500 000.–
	bis	Fr.	5 000 000.–
plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	5 000 000.–
mindestens Fr. 200.–. ⁵³			

⁴ Bei der Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung berechnet sich die Gebühr vom neuen Kapital nach den Ansätzen von § 37.

⁵ Bei anderen Beschlüssen beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2000.–.⁵⁴

§ 43⁵⁵ *Gesellschaftsrechtliche Feststellungen*

Die Gebühr für die Beurkundung gesellschaftsrechtlicher Feststellungen (Art. 734, 764 Abs. 2, 788 Abs. 2 und 874 Abs. 2 OR) beträgt Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

§ 44 *Wechsel und Check*

¹ Beim Protest eines Wechsels oder Checks beträgt die Gebühr

- für die Abfassung der Urkunde (Art. 1037 OR), inbegriffen Abschrift und deren Aufbewahrung nach Artikel 1040 OR, 2‰ der Wechsel oder Checksumme, mindestens Fr. 50.–;
- für die Vorweisung ohne Protestausfertigung bei einer Person Fr. 20.–, bei weiteren am gleichen Ort wohnhaften Personen je Fr. 10.–.⁵⁶

² Darüber hinaus kann, wenn der Wechsel oder Check mehr als einen Kilometer vom Büro entfernt vorgewiesen werden muss, für den Hin- und Rückweg eine Wegentschädigung von 50 Rappen je Kilometer berechnet werden.

⁵³ Fassung gemäss Änderung vom 30. Oktober 1986, in Kraft seit dem 1. Januar 1987 (G 1986 211).

⁵⁴ Gemäss Änderung vom 3. November 1997, in Kraft seit dem 1. Januar 1998 (G 1997 379), wurde Absatz 2 neu gefasst sowie Absatz 5 eingefügt.

⁵⁵ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁵⁶ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

§ 45⁵⁷ *Anleiensgläubigerbeschlüsse*

Bei Versammlungsbeschlüssen der Gläubiger von Anleiensobligationen (Art. 6 Verordnung über die Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen⁵⁸) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–.

3. Nach Fusionsgesetz⁵⁹**§ 45a⁶⁰** *a. Übertragender Rechtsträger*

¹Die Gebühr für den Auflösungsbeschluss berechnet sich nach den Ansätzen von § 37.

²Die Gebühr für den Kapitalherabsetzungsbeschluss berechnet sich nach den Ansätzen von § 39.

³Bei Beschlüssen nach dem Fusionsgesetz⁶¹, auf welche die Absätze 1 und 2 nicht anwendbar sind, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 41.

⁴Bei der Beurkundung mehrerer beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte in der gleichen öffentlichen Urkunde berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 1, 2 oder 3, wobei die höchste Gebühr massgebend ist.

§ 45b⁶² *b. Übernehmender Rechtsträger*

¹Die Gebühr für die Gründung einer neuen Gesellschaft berechnet sich nach den Ansätzen von § 37.

²Bei der Kapitalerhöhung berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 38.

³Bei Beschlüssen nach dem Fusionsgesetz, auf welche die Absätze 1 und 2 nicht anwendbar sind, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 41.

⁴Bei der Beurkundung mehrerer beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte in der gleichen öffentlichen Urkunde berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 1, 2 oder 3, wobei die höchste Gebühr massgebend ist.

⁵⁷ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).
⁵⁸ SR 221.522.1

⁵⁹ Eingefügt durch Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁶⁰ Eingefügt durch Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁶¹ SR 221.301. Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

⁶² Eingefügt durch Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

4. Sonstige Beurkundungen⁶³

§ 46⁶⁴ *Ziehungen*

Die Gebühr für eine öffentliche Urkunde über die Ziehung von Prämienobligationen und Lotterien, über andere Auslosungen und über Wettbewerbe beträgt Fr. 150.– bis Fr. 1000.–.

§ 47 *Eidesabnahme, Erklärung an Eidesstatt*

Die Gebühr für die Beurkundung der Eidesabnahme oder der Erklärung an Eidesstatt beträgt Fr. 50.– bis Fr. 300.–.

§ 48⁶⁵ *Sachbeurkundungen des kantonalen Rechts*

Für die Sachbeurkundung gemäss § 2 Absatz 1f des Beurkundungsgesetzes⁶⁶ beträgt die Gebühr Fr. 100.– bis Fr. 1000.–.

§ 49⁶⁷ *Andere Beurkundungen*

Bei der Beurkundung von beurkundungsbedürftigen Geschäften, für die keine andere Gebühr vorgesehen ist, beträgt die Gebühr Fr. 100.– bis Fr. 1000.–.

§ 50 *Nicht beurkundungsbedürftige Geschäfte*

¹ Bei einer von den Parteien verlangten Beurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte beträgt die Gebühr

2‰ der Vertragssumme oder beim Fehlen einer solchen des mutmasslichen Interessenwertes	bis	Fr.	200 000.–
plus 1,5‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	200 000.–
	bis	Fr.	500 000.–
plus 1‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	500 000.–
	bis	Fr.	2 500 000.–
plus 0,3‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	2 500 000.–
	bis	Fr.	5 000 000.–
plus 0,2‰ vom Mehrbetrag über		Fr.	5 000 000.–
mindestens Fr. 300.– ⁶⁸			

⁶³ Fassung gemäss Änderung vom 4. April 2005, in Kraft seit dem 1. Juli 2005 (G 2005 69).

⁶⁴ Fassung gemäss Änderung vom 12. Juni 1978, in Kraft seit dem 1. August 1978 (G 1978 61).

⁶⁵ Der am 23. November 1995 (G 1995 469) aufgehobene § 48 wurde durch Änderung vom 19. August 1998, in Kraft seit dem 1. September 1998 (G 1998 260), wieder eingefügt.

⁶⁶ SRL Nr. 255

⁶⁷ Fassung gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).

⁶⁸ Gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469), wurde Absatz 1 neu gefasst und Absatz 2 eingefügt.

² Besteht kein mutmasslicher Interessenwert, sind für die Berechnung der Gebühr die Bedeutung und Schwierigkeit der Sache, der Arbeitsaufwand und die Zeitdauer der Inanspruchnahme massgebend.⁶⁹

C. Schlussbestimmungen

§ 51 *Aufhebung bisherigen Rechts*

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird die Verordnung über die Beurkundungsgebühren vom 16. Dezember 1964 mit Änderungen vom 3. Mai 1967 und 10. Juli 1972⁷⁰ aufgehoben.

§ 52 *Inkrafttreten*

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

Luzern, 24. November 1973

Im Namen des Obergerichtes

Der Präsident: Hübscher

Der Gerichtsschreiber: Lustenberger

Übergangsbestimmung der Änderung vom 23. November 1995

Die neuen Gebührenansätze gelten für Beurkundungen, die am Tage des Inkrafttretens (1. Januar 1996) oder später vollzogen werden.⁷¹

⁶⁹ Gemäss Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469), wurde Absatz 1 neu gefasst und Absatz 2 eingefügt.

⁷⁰ V XVI 932. Änderungen: V XVII 336 und V XVIII 358.

⁷¹ Eingefügt durch Änderung vom 23. November 1995, in Kraft seit dem 1. Januar 1996 (G 1995 469).